

Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **36 (1956-1957)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

STIMMEN DER WELTPRESSE

Siebzehn führende britische Wissenschaftler haben ein Jahr lang an einem Bericht über *Die Gefährdung des Menschen durch Kern- und andere Strahlungen* gearbeitet. Am 12. Juni hat der «Medical Research Council» (Medizinischer Forschungsrat) diesen Bericht, der am 29. März 1955 vom damaligen Premierminister Winston Churchill angefordert worden war, den britischen Parlamentariern unterbreitet. Das Ergebnis, zu dem die Experten gekommen sind, ist überraschend, und es hat in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit gefunden. Die Londoner Wochenzeitung *Economist* kommentiert das Ergebnis in ihrer Ausgabe vom 16. Juni und schreibt dazu: «Die ganze Welt ist leicht radioaktiv. Das Komitee hatte darüber zu entscheiden, wieviel zusätzliche, vom Menschen erzeugte Radioaktivität die Bevölkerung ertragen kann, ohne Schäden ausgeliefert zu sein, sowohl in Form von langfristigen genetischen Veränderungen als auch von unmittelbaren Erkrankungen wie Krebs und Leukämie. Das Ergebnis war überraschend. Es hat sich gezeigt, daß der oberflächliche Gebrauch von Röntgenstrahlen in den Krankenhäusern und Schuhgeschäften gefährlicher ist als alle H-Bomben, die bisher zur Explosion gebracht worden sind. Der Zuwachs an Radioaktivität durch die Bombenversuche ist geringer als 1% des natürlichen Zustandes. Die Radioaktivität, die durch die diagnostischen Röntgenstrahlen entstanden ist, macht hingegen den fünften Teil der natürlichen Radioaktivität aus, und das Komitee betrachtet diese Tatsache als schwerwiegend genug, um darüber genauere Untersuchungen anzuraten. Wenn auch die Wolken der H-Bomben nicht unmittelbar gefährdend sind, so heißt das nicht, daß sie nicht gefährlich werden können, sobald sie nämlich eine bestimmte Größe erreicht haben. Versuche mit H-Bomben, wenn sie in der augenblicklichen Zeitfolge

von einem bis zu zwei Jahren durchgeführt werden, vermehren die Gefahr in der Stratosphäre nicht wesentlich, jedoch würden die Gefahren bei einer vergrößerten Zahl von Explosionen zunehmen. Das zerstörte Innere der H-Bomben besteht teilweise aus einem langlebigen radioaktiven Material, das als ‚Strontium 90‘ bekannt ist und die Eigenschaft hat, in den Knochen der Menschen und Tiere aufgespeichert zu werden, wo es radioaktive Ablagerungen aufbaut und dadurch große Schädigungen anrichten kann, von denen es keine Erholung gibt. Eine feine Schicht an Strontium ist um den Erdball verteilt, und diese Schicht hat seit den Versuchen mit H-Bomben, seit zwei Jahren also, um das Sechsfache zugenommen. Bei der augenblicklichen Zahl an Explosionen mag ein ausschlaggebender Gefahrenpunkt nicht einmal innerhalb eines Jahrhunderts erreicht werden. Aber es handelt sich dabei gleichsam um ein Gleichgewicht um Haaresbreite, das sehr leicht durch unverantwortliche Handlungen irgend-eines Landes verschoben werden kann.»

Russische Originalberichte der letzten Monate geben ein deutliches Bild der mit größtem Eifer betriebenen *Industrialisierung Sibiriens*, die das Hauptprogramm innerhalb des 6. russischen Fünfjahresplanes ausmachen soll¹⁾. Die auszubeutenden Reichtümer scheinen unermesslich. Im Kusnezkerbecken existieren riesige Kohlenlager, welche zusammen mit den Erzvorkommen die Voraussetzungen für eine rege Eisenhüttenindustrie schaffen; in Sibirien gibt es Manganerz, Quarzit, Kalk, ferner große Vorräte an Salz, Nickel, Antimon und andere wertvolle Mineralien. In neuerer Zeit wurde Naturgas entdeckt. Holz steht in riesigen Mengen zur Verfügung. Aber der größte Reichtum dieses Landes sind seine großen Ströme, der Jenisej, der Obj, die Lena und die Angara. Alle diese

Schätze sollen nun gemäß den Forderungen des XX. Parteitages erschlossen werden. Die ungeheuren Schwierigkeiten, die das geplante Werk mit sich bringt, verlangen indessen ein stufenweises Vorgehen. Nicht nur der 6. Fünfjahresplan, sondern auch die folgenden müssen jetzt schon in die Planung einbezogen werden. — Eines der brennenden Probleme ist die Bevölkerungsdichte. Da Sibirien ungenügend besiedelt ist, besteht vorläufig nur die Möglichkeit, von den bereits bestehenden Industriezentren aus mit der Arbeit zu beginnen. Eine radikale Änderung ist hier jedoch im Gange. Auf der Allunionskonferenz junger Bauleute gelangte Chruschtschew mit dem dringenden Appell an seine Zuhörer, zahlreiche Arbeitskräfte nach dem Osten zu entsenden, um die notwendigen Wohnungen für die Neusiedler herzustellen. Innert kürzester Frist müssen neue Städte, Wohlfahrtseinrichtungen, Spitäler, Unterhaltungsstätten usw. zur Aufnahme der «neuen Sibirjaken» bereitstehen. Chruschtschew suchte mit allen Mitteln die Begeisterung für den großen nationalen Plan unter den Jungen zu wecken. Er tat dies unter anderem auch mit dem Hinweis auf das große Ziel, den Kapitalismus wirtschaftlich zu übertreffen und schließlich zu schlagen. Der Komsomol, die kommunistische Jugendorganisation, die 18,5 Millionen Mitglieder zählt, soll 400 000 Arbeiter und Arbeiterinnen nach dem Osten schicken. Die Zahl ist trotz ihrer Höhe im Verhältnis klein²⁾. Sie zeigt einerseits die großen Widerstände der Jugendlichen, andererseits läßt sie die Zahl der Soldaten ahnen, die ebenfalls in Sibirien eingesetzt werden sollen. — Es sind aber nicht allein die rückständigen Bauarbeiten und die mangelnden Arbeitskräfte, welche die Verwirklichung des Fünfjahresplanes verzögern, sondern noch eine Reihe anderer Hindernisse. So ist das bestehende Netz der wissenschaftlichen Institute in Sibirien, die zur wirtschaftlichen Ausbeutung der Bodenschätze und Wasserkräfte notwendig sind, viel zu weitmaschig. Es fehlen nicht nur Instru-

mente und Laboratorien, sondern vor allem ausgebildetes Personal, das bereit wäre, nach Osten überzusiedeln. Zunächst muß das Interesse der Wissenschaftler an Sibirien geweckt werden; die schreckliche Geschichte dieses Landstrichs wirkt heute noch hemmend auf alle diejenigen, die dort arbeiten sollten. — Die sibirischen Bodenschätze ließen sich ferner besser ausbeuten, wenn die *Elektroenergie* in erhöhtem Maße an Ort und Stelle erzeugt würde. Noch heute werden 80% des Brennstoffs und der Elektrizität im europäischen Teil der Sowjetunion verbraucht, obwohl mehr als 88% der Energiequellen, mit Einschluß der Wasserenergie, im asiatischen Teil Rußlands liegen. Dem soll nun abgeholfen werden. Das Kraftwerk Irkutsk an der Angara wurde bereits in Angriff genommen, und seine ersten Aggregate sollen schon dieses Jahr betrieben werden. Die Kapazität soll 600 000 kW betragen. Dieses Werk wird eine ganze Kette von Wasserkraftwerken an diesem Fluß eröffnen, der auch das riesige Werk Bratsk mit einer Kapazität von 3 200 000 kW angehören wird. Zu Beginn des 7. Fünfjahresplanes muß das Energieverbundnetz Irkutsk-Bratsk-Krasnojarsk soweit sein, das Angara-Jenisej-Industriegebiet zu beliefern. Auch in Westsibirien wird in den nächsten fünf Jahren ein bedeutendes Industriegebiet erschlossen werden: Am Obj und seinem Nebenfluß Irtysch werden ebenfalls Kraftwerke entstehen, darunter dasjenige von Nowosibirsk mit einer Kapazität von 400 000 kW. Zunächst wird sich so die Eisenbahnstrecke Omsk-Nowosibirsk elektrifizieren lassen. Ferner wird das weitere Energieverbundnetz zwischen Nowosibirsk und Krasnojarsk die Ausbeutung des *größten Kohlenlagers der Welt*, des Kusnezker Beckens, erleichtern. Trotzdem hier schon wesentliche Erfolge und Planüberschüsse erzielt wurden, leidet die Erhöhung der Kohlenförderung am Fehlen brauchbarer Maschinen und vor allem am Transportsystem. Ein Arbeitsvorgang bedingt in diesem Neuland den andern. Nach den Aussagen

des Leiters eines Kombinats verzögern aber die Behörden wie die Arbeiter selbst die Steigerung der Produktion durch mangelnde Voraussicht und Langsamkeit. — Auch für die *Eisenhüttenindustrie*, welche in Entwicklung begriffen ist, ist die Wasserenergie äußerst wichtig, spart sie doch viele menschliche Arbeitskräfte. In den nächsten 2—3 Fünfjahresplänen soll die Jahresproduktion 15—20 Millionen Tonnen Roheisen erreichen! Das Ziel besteht darin, die Produktion Englands, Westdeutschlands und Frankreichs zu überflügeln. Bereits 1955 wurde das Vorkriegsniveau Rußlands für das Schmelzen von Gußeisen um 60%, für das Schmelzen von Stahl um das Doppelte und für die Erzeugung von Walzgut um das 2,7fache überschritten. Um dem wachsenden Bedarf an metallurgischen Produkten gerecht zu werden, soll nun mit dem Bau der westsibirischen Eisenhütte begonnen werden; sie wird mit den modernsten technischen Hilfsmitteln ausgestattet, um menschliche Arbeitskräfte zu sparen. — Die Entdeckung von Naturgas am untern Obj wirft neue Probleme auf. Damit im Zusammenhang stehen ebenfalls die großen *Olvorkommen*, die innert den nächsten fünf Jahren ausgebeutet werden sollen, und von denen man sich nach dem Bau riesiger Pipelines eine größere Kapazität verspricht als von denjenigen in Baku. — 1960 soll das Volumen der industriellen Bruttoproduktion in Westsibirien fast doppelt so groß sein wie dasjenige von 1955. Parallel dazu soll auch die offen als rückständig bezeichnete sibirische Landwirtschaft gefördert werden; riesige Meliorationen und Maßnahmen gegen die periodischen Dürrezeiten sind geplant. — Alle diese Probleme führen zur gleichen Forderung zurück: Millionen von Arbeitern werden benötigt, um die gigantischen Pläne durchzuführen. Daß die sowjetische Jugend davor zurückschreckt, diese zu stellen, ist für die Partei ein schweres Handicap. Ob sie es durch Überwindung der «objektiven Schwierigkeiten», der Wohnungsnot usw. be-

seitigen kann, wird für das Gelingen des 6. Fünfjahresplanes von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Als Resultat der Bandung-Konferenz (April 1955) läßt sich eine Verschärfung der antikolonialen Einstellung der jungen Nationen Asiens, die ihre Selbständigkeit nach dem zweiten Weltkrieg erlangt haben, feststellen. Indien, als «Primus inter pares», sieht in den Militärbündnissen der Nato, Seato und der Bagdad-Organisation nicht lediglich einen Zusammenschluß von Mächten, um der kommunistischen Gefahr zu begegnen, sondern auch, um koloniale Regimes zu stützen. Nehru hat in Bombay zu Tausenden in dieser Stadt domizilierten Goanese gesprochen, und in seiner Ansprache spielte die Nato eine größere Rolle. Zu dieser Rede nimmt die unabhängige und größte Zeitung des Landes, die *Times of India*, in einem Leitartikel, unter der Überschrift *Dishonesty*, in ihrer Ausgabe vom 7. Juni, Stellung. Es heißt darin: «... Die sich selbst als ‚Verfechter der Demokratie‘ bezeichnende, westliche Welt hat es nicht nur unterlassen, die portugiesische Herrschaft in Goa als ein typisches Beispiel kolonialen Terrors anzuprangern, sondern vielmehr durch doppeldeutige Erklärungen Lissabon ermutigt, in seiner, wie Nehru es so richtig bezeichnet hat, ‚15. Jahrhundert-Politik‘ zu verharren. Die Ablehnung einer Stellungnahme (von Seiten des Westens), wenn es sich um demokratische Freiheiten handelt, kommt einem verzeihenden Verstehen gleich. Keine pharisäische Betonung einer ‚Nicht-Einmischung‘ kann die Westmächte von dem Vorwurf der Verantwortung, auf der gleichen Stufe mit Portugal, für das abstoßende Geschwür des Kolonialsystems befreien, wie es in Goa und den anderen portugiesisch-indischen Besitzungen gehandhabt wird.» Nicht einmal Dr. Salazar mit seinen 15.-Jahrhundert-Vorstellungen, so meint das Blatt, wird behaupten, daß mit dem Ende portugiesischer Herrschaft in Indien die Sicherheit Europas gefährdet sein würde, und schließt den Aufsatz

mit den Worten: «Wenn der Westen Portugal als den Standartenträger europäischer Zivilisation ansieht, dann soll er es unzweideutig sagen. Seine Zurückhaltung, diese phantastische Vorstellung gutzuheißen, läßt immer noch die Hoffnung wach, daß die westlichen Demokratien eines Tages ihre klare Antwort durch Unterstützung der Demokratie in Asien erteilen werden.» Auch der *Bombay Chronicle*, welcher der Kongreßpartei nahesteht, beschäftigt sich mit der von Portugal in Verbindung mit Goa immer wieder betonten, kulturträgerischen Mission (Ausgabe vom 7. Juni): «Was haben Salazar und seine Ahnen in den vergangenen Jahrhunderten vollbracht, um eine solche Haltung zu rechtfertigen? Überhaupt nichts! Wo sind die Giganten Portugals, die Goethe, Shakespeare, Newton, Bach, Einstein, Lenin, Tolstoi und den Curies gleichkämen?... Er (Dr. Salazar) ist kein Repräsentant, sondern eine garstige Abirrung europäischer Kultur.» In der gleichen Nummer befaßt sich die Zeitung in einem Leitartikel mit der Ablehnung von Nehrus' Algier-Plan durch den französischen Ministerpräsidenten Mollet. Sie erinnert daran, daß Frankreich kurz vor seiner Niederlage in Indochina den vermittelnden Einfluß Indiens dankbar begrüßt hätte. «Man kann damit rechnen», sagt das Blatt, «daß der französische Premierminister seinen Standpunkt wird ändern müssen, wenn die Anzahl der Gefallenen steigen wird und mehr und mehr Franzosen seine Einstellung ablehnen werden. Es ist zu bedauern, daß er nicht, zum mindesten um weiteres Blutvergießen zu verhindern, einen Anfang zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts durch Annahme des Nehru-Plans gemacht hat.»

Dem wirtschaftlich interessierten Leser bringt es immer wieder Genuß und Gewinn, wenn er Aufsätze aus der Feder des Direktionsmitgliedes der «Bank für Internationalen Zahlungsausgleich», Dr. Per Jacobsson, verfolgt. Wir hatten schon Gelegenheit, in der Maiausgabe

der «Schweizer Monatshefte» einen Artikel von Jacobsson über die Dämpfung des gegenwärtigen Booms im ersten *Vierteljahresbericht der Skandinaviska Banken* von 1956 zu würdigen. Im zweiten dieser Berichte (April 1956) untersucht Jacobsson die *Voraussetzungen für die Funktion einer freien Wirtschaft*; er behandelt also auch hier ein außerordentlich aktuelles und umstrittenes Thema. Unter «freier Wirtschaft» versteht der Autor eine Marktwirtschaft, in welcher die Preise durch Angebot und Nachfrage auf uneingeschränkten Märkten bestimmt werden. Das Gegenstück zu diesem Wirtschaftssystem ist zentral geleitet oder autoritär zu nennen, in ihm werden Preise und Produktion durch behördliche Entscheidungen geregelt. Auch in der freien Wirtschaft können sich, unter bestimmten Umständen, Interventionsmaßnahmen als notwendig erweisen; aber auch sie müssen sich den Grundregeln anpassen, die aus dem Wechselspiel zwischen Angebot und Nachfrage auf den Märkten resultieren. Eine freie Wirtschaft wird im Prinzip vom Recht auf Privatbesitz und dessen Übergang an die Erben getragen. Wie die Erfahrung lehrt, ist dieses Recht mit einem ziemlich beträchtlichen Bestand an öffentlichem Eigentum und mit der Erhebung von Erbschaftssteuern vereinbar. In der Marktwirtschaft sind die geschäftlichen Entschlüsse dezentralisiert; sie unterliegen der Disziplin des Marktes und fördern eine weitreichende Mannigfaltigkeit. — Nach diesen in die Materie einführenden Bemerkungen nennt Jacobsson als *erste Bedingung* für ein Funktionieren der freien Wirtschaft: der allgemeine politische Rahmen muß relativ gut geordnet sein. Eine gewisse Stabilität in den auf ökonomischem und monetärem Gebiet anzuwendenden Prinzipien ist unerlässlich. Der Wert einer Währung hängt letzten Endes von der Entschlossenheit der Behörden ab, die Schaffung neuen Geldes angemessen einzuschränken. Als *zweite Voraussetzung* bezeichnet der Verfasser die Existenz genügend zahlreicher Unternehmer, als *dritte* (und

vielleicht wichtigste) ein effektiv arbeitendes Marktsystem, in welchem sich die Preise auf verhältnismäßig unbeschränkten Märkten einspielen können. So ist glücklicherweise in der intensiven Hochkonjunktur seit Herbst 1954 ein behördlicher Eingriff in den Außenhandel unterblieben. Mit Nachdruck verweist Jacobsson darauf, die Regierungen möchten ihre eigene Vergangenheit einer Überprüfung unterziehen: die «Stützung» landwirtschaftlicher Preise hat sich, wie das amerikanische Beispiel zeigt, ebensowenig bewährt wie das künstliche Tiefhalten der Mieten, das zum Verfall der Häuser beigetragen hat. *Viertens* bietet nur eine vernünftige Geld- und Finanzpolitik, vor allem die Abwehr übermäßiger Kreditgewährung, die Garantie dagegen, daß die Preise, trotz Konkurrenz, nicht in die Höhe schnellen oder abrupt fallen. Allerdings muß eine wirksame Geldpolitik auch durch geeignete Maßnahmen im öffentlichen Sektor vervollständigt werden. Die *fünfte Voraussetzung* besteht darin, daß Anordnungen zur Sicherung der allgemeinen Wohlfahrt getroffen werden, ohne die ein Wirtschaftssystem für die Allgemeinheit nicht annehmbar ist. Dem wirtschaftlich Schwachen muß der Staat seine Unterstützung gewähren, Neuerungen sind aktiv zu fördern, alles in einem Maße, das mit rationellem Preissystem und mit gesunder Finanzwirtschaft vereinbar ist. *Sechstens* — und hier wollen wir Jacobsson wörtlich zitieren, wenn er gleichsam Grundgesetze für die freie Wirtschaft aufstellt —: «unaufhörliche Anstrengungen sind geboten, um die eigentlichen Eckpfeiler des Wirtschaftssystems zu stärken. Gesetz und Ordnung müssen herrschen, und es muß insbesondere ermöglicht werden, sich auf die Unparteilichkeit der Gerichte verlassen zu können; die Steuern müssen billig verteilt und die Steuergesetzgebung muß redlich angewendet werden; Gewerbe und freie Berufe müssen das Recht auf ihre eigenen Organisa-

tionen haben, aber diese sind mit höchstem Verantwortungsbewußtsein zu leiten und dürfen nicht für restriktive Zwecke ausgenutzt werden; eine zufriedenstellende Erziehung und Ausbildung ist zu ermöglichen, das Banksystem stabil zu halten und besondere Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, daß Sparmittel denjenigen überlassen werden, die diese Mittel bei ihrer Geschäftstätigkeit verwerten können. In einer freien Wirtschaft darf endlich der Geist des privaten Unternehmertums nicht unnötig gehemmt werden.» — Zum Abschluß seiner lesenswerten Abhandlung beschäftigt sich der Autor mit den Kritiken, die gegen das in der freien Wirtschaft verkörperte System vorgebracht werden, nämlich: es führe zum Krieg der kapitalistischen Länder miteinander um die Absatzmärkte, und es sei verheerenden Depressionen ausgesetzt. Die Kriegsgefahr ist nach Jacobsson durch die abschreckende Wirkung der Atombombe und das Bestehen des Atlantikpaktes gebannt. Im Bereiche des Konjunkturgeschehens sind während des letzten Vierteljahrhunderts so wertvolle Erfahrungen gesammelt worden, daß kein Grund zur Besorgnis vor einer neuen ernsten Depression besteht.

1) Das Kusnezker Becken im neuen Fünfjahresplan. W. Koshewin; «Prawda», Moskau, 16. März 1956. Rede des Genossen N. S. Chruschtschew auf der Allunionskonferenz junger Bauleute am 11. April 1956. «Prawda», Moskau, 13. April 1956. Die dritte metallurgische Basis des Landes in Sibirien. N. Djakonow; «Iswestija», Moskau, 27. April 1956. Die Rolle der Wissenschaft in der Entwicklung der östlichen Gebiete der UdSSR muß erhöht werden. W. Krotow; «Prawda», Moskau, 6. Mai 1956. Die Energie der sibirischen Ströme soll in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden. I. Kulew; «Kommunist», Moskau, Nr. 4, 1956. 2) Aufruf in der «Prawda», Moskau, 19. Mai 1956.